

Haushalt 2021

„Unter der Decke rollt der Stein“ ...

...So kann man den diesjährigen Haushaltsentwurf auf den Nenner bringen. Die Haushaltsdebatte findet in einer krisenhaften Situation statt – befeuert durch die Corona-Pandemie und dem Krisenmanagement der Regierung. Die Auswirkungen verschärfen die finanzielle Notlage der Kommune.

Das Jahr 2021 schließt mit einem Minus von 4,5 Millionen Euro ab. Die Covid-19-Pandemie belastet den Haushalt mit rund 3,5 Millionen Euro aufgrund von Mindereinnahmen in der Gewerbe- und Einkommenssteuer und zusätzlichen Kosten. Ein Ende ist noch nicht in Sicht. Um aber bis zum Jahr 2024 zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, wird ein Taschenspielertrick angewendet: die Kosten werden durch die Corona-Pandemie isoliert und damit einfach nicht mitgerechnet. Ab dem Jahr 2025 können diese Schulden über 50 Jahre lang abgeschrieben werden und Generationen werden davon betroffen sein. Mit dieser „Finanzierungs-Vertuschungs-Methode“ wird es im laufenden Jahr keine Gebühren- und Steuererhöhungen geben. Auch die Investition von 5 Millionen zur Sanierung der Gesamtschule wird getätigt. Eine größere Streichliste freiwilliger Leistungen ist nicht geplant. Der Bundestagswahlkampf lässt grüßen. Und danach? Rollt da eine Lawine auf die Kommunen zu, die dramatische Folgen auf die Daseinsfürsorge der Bevölkerung haben wird?

Angesichts einer dramatischen Verschlechterung der Finanzlage appellierte Bürgermeister Koepke „Schluss mit einem ‚Weiter so!‘“ Das heißt nichts anderes, als dass dringend notwendige Investitionen für die maroden Straßen und Kanäle weiter aufgeschoben werden. Gespart wird am Personal, insbesondere an Schulen, Kindergärten und beim Baubetriebshof. Die SPD bläst in dasselbe Horn, wenn sie

die Finanzlücke mit der Verschiebung dringender Projekte schließen will. So wird bereits der notwendige Neubau bzw. Sanierung des Freizeitbades zur Diskussion gestellt. Und Markus Nacke, CDU fordert Haushaltsdisziplin und „auf Sicht fahren“, also weiter im Nebel rumstochern, weiter an den freiwilligen Leistungen kürzen, weiter den Personalabbau vorantreiben. Wir nennen das Umverteilung von unten nach oben.

Der Haushaltsentwurf wie auch verschiedene soziale Träger machen deutlich, dass sich die soziale Lage der Bevölkerung verschlechtert. So steigen die Hilfeleistungen bei Einkommensdefiziten, sicherlich bedingt auch durch die Grundrente, die Fallzahlen steigen sowie steigende Zahlen bei der Schuldnerberatung. Der eingerichtete Corona-Hilfsfond half Familien und Einzelpersonen kurzfristig, finanzielle Engpässe zu überwinden. Doch die Kurzarbeit hält weiter an. Im Kreis Wesel ist jeder siebte Arbeiter in Kurzarbeit.

Seit 16 Jahren fordert NV AUF geht's die Niederschlagung der Zinsen und einen Schuldenschnitt. Wenn die Regierung in der Krise Hunderte Millionen Euro für die Konzerne übrig hat, sich Firmen wie Daimler zusätzlich Kurzarbeitergeld einstreichen trotz 4,4 Milliarden Gewinn, dann ist auch ein Schuldenschnitt finanzierbar.

Die Banken profitieren aus der Krise durch steigende Kreditanträge. Über eine Million Euro an Zinsen erhält die Sparkasse jährlich von der Stadt Neukirchen-Vluyn. In einem Antrag an den Rat fordern wir die Landes- und Bundesregierung auf, sich für eine neue konjunkturunabhängige Gemeindefinanzierungsreform einzusetzen. Landes- und bundesweit sind gesetzliche Regelungen zu schaffen, die der Stadt ein Zinsmoratorium und die Niederschlagung der Schulden ermöglichen. Weitere Corona-Hilfen für die Kommunen sind notwendig.

NV-AUF geht's

Telefonnummer : 02845 / 391-257

Faxnummer : 02845 / 391-257

E-Mail: nvaufgehts-fraktion@neukirchen-vluyn.de



Manuela Kühnen

E-Mail: manuelakuehnen-nv@gmx.de

Fraktionsassistentin

Hans- Böckler- Straße 26

Raum 047 47506 Neukirchen-Vluyn

Baustopp Neukircher-Feld ist gerechtfertigt!

In der Januar-Ratssitzung hat NV AUF geht's zusammen mit der CDU und den Grünen/Bündnis 90 die Bebauung am Neukircher Feld gestoppt und das aus sozialen, ökologischen und nachhaltigen, guten Gründen. **Erstens** ist der **soziale Zweck** nicht mehr gegeben. Tatsächlich braucht die Stadt bezahlbaren Wohnraum. Das bedeutet, dass der Mietpreis zwischen 5,70 Euro und 6,50 Euro liegen muss. Davon kann man bei Grundstückspreisen zwischen 320 Euro und 340 Euro pro Quadratmeter nicht sprechen. **Zweitens** hat das Neukircher Feld als Luftschneise eine Klimarelevanz. **Drittens** wurde ein unabhängiges Gutachten finanziert von CDU, Bündnis 90/Grüne und NV AUF geht's in Auftrag gegeben. Es wird untermauern, dass mit dem Baustopp auf die Stadt keine Schadensersatzleistungen zukommen werden. **Viertens** für ein Zusammenwachsen von Neukirchen und Vluyn sind Freiflächen für Freizeitmöglichkeiten und als Treffpunkte unverzichtbar. NV AUF geht's hat deshalb

eine **Postkarten-Umfrage gestartet**, um Ideen für das Neukircher Feld zu sammeln.

Nach dem Baustopp wurde Stimmung gemacht, die RAG als angeblich sozialen Wohltäter darzustellen. Wie kein anderer Investor profitiert die RAG mit ihren Töchtern von der Stadt (nachzulesen in den Haushaltsplänen). Von wegen „verlässliche Partnerschaft“: „Aufgrund fehlender Unterlagen“ können anhaltend Straßen und Kanäle von der Stadt nicht übernommen werden. Insgesamt, so die vorsichtige Formulierung im Haushaltsplan, gestaltet sich die Zusammenarbeit „schwierig und zäh“. Die Mieter von Vivawest könnten Seiten füllen mit ihren praktischen Erfahrungen.

Wie geht es weiter? Mit den Gebieten an der Sittermannstraße und dem Neukirchener Ring wird mehr als genug Wohnraum entstehen. Die RAG hat alle Hände voll zu tun, ihren Stau an Altverpflichtungen „verlässlich“ abzarbeiten.

Kumpel für AUF-Linker Niederrhein schreibt: RAG sperrt sich gegen Lohnzahlung

Rund 150 Bergleute wehren sich seit Ende 2019 gegen ihre betriebsbedingten Kündigungen durch die RAG. Trotz aller vollmundigen Versprechungen von wegen „Keiner fällt ins Bergfreie“ hatte sie ihnen zum 31.12.2019 gekündigt. Vor Gericht setzen sich die Bergleute in zwei Instanzen durch und die Kündigungen wurden sowohl vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf, als auch dem Landesarbeitsgericht Hamm für unwirksam erklärt. Eine Revision wurde nicht zugelassen.

Das ist insbesondere ein Erfolg des selbständigen und selbstbewusst geführten Kampf der Kumpel mit inzwischen 14 Demonstrationen, zahlreichen Versammlungen und so weiter.

Trotz der verlorenen Prozesse weigert sich die RAG, die Kollegen wieder an ihren Arbeitsplatz zu lassen. Auch weigert sie sich, den Lohn seit dem 1. Januar 2020 nachzuzahlen. Stattdessen versucht sie sie mit einer Abfindung billig abzuspeisen.

Inzwischen hat am 12. Februar der erste Kollege um Nachzahlung des vorenthaltenen Bruttolohnes für 2020 in Höhe von 50 000 Euro vor dem Arbeitsgericht Essen geklagt. Die RAG erklärte vor Gericht doch tatsächlich, sie sei wirtschaftlich nicht in der Lage, ihm den

Lohn ausbezahlen. Dabei hat die RAG-Stiftung inzwischen 19 Milliarden Euro auf Kosten der Kumpel, der Natur und der Steuerzahler angehäuft.

Die Behauptung der RAG, sie habe einfach keine Arbeit für den Kollegen, widerlegte er in einem mutigen Redebeitrag: Auf der angeblich „stillgelegten“ Schachtanlage Prosper in Bottrop fahren hunderte Leiharbeiter und Werksvertragsarbeiter an, die die Arbeiten der gekündigten Kumpel heute ausführen. Arbeit gibt es genug: Im Rückbau, in der Wasserhaltung, etc. Am 7. April soll vor dem Arbeitsgericht Essen in Sachen Lohnnachzahlung das Urteil gesprochen werden.

Kumpel für AUF laden ein zum Protest gegen die Politik der verbrannten Erde durch die RAG mit festlicher Enthüllung eines Denkmals für den großen Bergarbeiterstreik März 1997.

Ostersamstag, 03. April 2021, 12-18 Uhr

45899 Gelsenkirchen. Treffpunkt zur gemeinsamen Abfahrt: 11 Uhr, Parkplatz Sparkasse Neukirchen.

RAG-Zechenwald: Neues Kapitel der „Politik der verbrannten Erde“

Zur Pflege eines Waldes gehört auch die Aufforstung, einschließlich der Entnahme alter Bäume. Dass aber über 500 **auf einmal** mit einem Kahlschlag gefällt werden müssen, ist nicht allein durch den Pilz und die Trockenheit zu erklären. Und das mit einem schweren Harvester breite Schneisen in den Wald gewalzt werden, in denen jahrelang kein Nachwuchs möglich ist, schon gar nicht. Die Ersetzung der menschlichen Waldarbeit durch Maschinen folgt allein dem ökonomischen Profitstreben auf Kosten der ökologischen Lebensgrundlagen.

Damit nicht genug, will die SPD der RAG noch zusätzlich zeh-

tausende Euro Steuergelder in den Rachen werfen, um die angerichteten Waldschäden zu beseitigen. Stattdessen hat die RAG den Wald in ordnungsgemäßem Zustand zu übergeben. Ebenso wie ihren anderen Verpflichtungen nachzukommen: Aufhebung der Kündigungen der Prosperkumpel, Rücknahme des Deputatklaus, keine Verseuchung des Grundwassers mit PCB und Giftmüll unter Tage, Pflege der Vivawest-Wohnungen. Immer wird dann - und nur dann - etwas erreicht, wenn der aktive Widerstand organisiert wird. Wie mit den bisher 14 Demonstrationen für Arbeitsplätze und Umweltschutz.

Corona:

Eine dritte Welle rollt heran - echter Lockdown sofort!

„Sorge vor den Mutanten“ - titelt die *Sonntagszeitung* die Sorge vor einer dritten Welle. „Der Anteil der mit einer Virus-Mutation Infizierten nimmt zu, von 20 Prozent in der Vorwoche auf 40 Prozent letzten Mittwoch“ (*Sonntagszeitung*, 21.02.21). Dafür sprechen auch die langsam wieder steigenden Zahlen. Nur ein konsequenter echter Lockdown von zwei bis drei Wochen mit Schließung aller nicht lebensnotwendigen Betriebe ist notwendig. Die Nachverfol-

gungskette muss wieder nachvollziehbar sein und durch breiteste Impfung müssen viele Menschen immunisiert werden. Damit ist auch eine stufenweise Öffnung möglich. Lohnausfälle sind zu 100 Prozent auszugleichen, Notbetreuungsgruppen für Kinder müssen sein, kostenlose Bereitstellung von FFP-2-Masken, Taxigutscheine für Fahrten zum Impfzentrum und sofortige Einbeziehung der Hausärzte in die Impfung.

Wichtige Entscheidung für die Skaterbahn

Im letzten Bau-Grünflächen- und Umweltausschuss wurde unser Antrag zur Erstellung eines Konzeptes zum Erhalt, Erweiterung und Überdachung der Skaterbahn als beliebter Jugendtreffpunkt in Zusammenhang mit der Entwicklung der Südfläche-Niederberg behandelt.

Angesichts der Haushaltslage der Stadt sind wir gespannt, wie sich die anderen Parteien verhalten werden. Wir von NV AUF geht's unterstützen Aktivitäten und Initiativen der Jugendlichen, um dieses Projekt wirklich durchzusetzen. Eine Unterschriftensammlung ist ein wichtiger Schritt dazu.

Hängepartie Windelsack

Einen Fehler zugeben ist nicht jedermanns Sache. Dabei macht es doch alles viel einfacher. Zum Beispiel die unendliche Geschichte mit der Abholung des Windelsacks. Nach immer neuen Ausflüchten heißt die letzte Rechtfertigung, es bestünde angeblich kein Bedarf an wöchentlicher Abholung. Natürlich meldet sich niemand, so lan-

ge keine praktikable, positive Lösung geboten und dies auch in allen Haushalten bekanntgemacht wird. Oder müssen erst Bilder von besonders gefährdete Gruppen mit Windelsäcken in öffentlichen Verkehrsmitteln für Aufsehen sorgen?